

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Video – Ein vielfältiges, aber auch gefährliches Medium

Verbesserung des Jugendschutzes im Zusammenhang mit dem Video-Verleih – Regierung erliess neue Richtlinien zum Jugendschutzgesetz

(paf) – Über die Wirkung der Medien auf den Menschen und insbesondere auf Kinder und Jugendliche gibt es unterschiedliche Meinungen. In der letzten Zeit ist vor allem das Medium Video in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Auch in Liechtenstein stehen in vielen Haushalten Videorecorder. Einerseits werden die Vorteile, die ein solches Gerät bietet, gerne benutzt, andererseits gibt es – wie verschiedene Diskussionsbeiträge zeigen – auch Gefahren, die in dieser technischen Möglichkeit liegen. Um vor allem die Jugend vor Gefahren zu schützen, haben sich der liechtensteinische Filmberatungsdienst und das Jugendamt mit den Fragen im Zusammenhang mit dem Verleih und Verkauf von bespielten Videokassetten beschäftigt.

Durch den Videorecorder im heimischen Haushalt und die Möglichkeit, bespielte Videokassetten zu mieten oder zu kaufen, ergeben sich vielfältige Gelegenheiten, den Bildschirm-Genuss persönlich und zeitlich unabhängig zu gestalten. So können zum Beispiel Fernsehsendungen aufgezeichnet werden, wenn der Sendezeitpunkt der individuellen Tagesplanung entgegenläuft.

Unabhängiger Medienkonsum

Der Videorecorder ermöglicht einen weitgehend unabhängigen Konsum von Fernsehsendungen. Dadurch wird der Kontakt zu den Mitmenschen unterstützt, denn niemand muss einen Besuch oder eine Versammlung absagen, weil zur gleichen Zeit eine Fernsehsendung ausgestrahlt wird, die interessiert. Die Fernsehsendung kann aufgezeichnet und zu einem späteren Zeitpunkt angeschaut werden.

Die Förderung der zwischenmenschlichen Kontakte durch das Medium Video ist aber nicht unbedingt der Normalfall. Oft ist es so, dass die durch die Aufzeichnungsmöglichkeiten gewonnene Zeit nicht für zwischenmenschliche Kontakte und Gespräche, sondern für doppelten Fernsehkonsum genutzt wird. Die Verantwortung für dieses Verhalten, das soziale Kontakte zerstört, kann nicht der technischen Einrichtung Video zugeschrieben werden. Es liegt am Menschen, technische Möglichkeiten verantwortungsbewusst zu gebrauchen.

Videotheken in der Kritik

Die Tatsache, dass in zahlreichen Haushalten ein Videorecorder zur Verfügung steht, lässt das Geschäft mit dem Verleih von bespielten Videokassetten

blühen. Die Möglichkeit, bespielte Videokassetten auszuleihen, bietet Gelegenheit, zum mehrmaligen Betrachten eines Filmes oder eines filmgeschichtlich interessanten Streifens, der unter Umständen weder im Fernsehen noch im Kino angeboten wird.

Neben den positiven Aspekten des Videoverleihs gibt es aber auch eine Kehrseite. Es liegt auf der Hand, dass im Angebot einer Videothek – grössere Videotheken führen über zweitausend Titel – nicht nur wertvolle Filme zu finden sind.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die fragwürdigen Filme im Angebot einer Videothek stehen würden, wenn keine Nachfrage vorhanden wäre. Angesprochen ist damit die Eigenverantwortung des Konsumenten. Während sich manche Eltern über das Angebot von ethisch fragwürdigen Titeln beklagen, benutzen andere Eltern die Möglichkeit des Video-Verleihs gerne als Beschäftigung für die Kinder und kümmern sich weniger um den Inhalt der Filme, die ihre Kinder betrachten. Es wird kaum weitergeführt, hier einen Schuldigen zu suchen: Ergiebiger wäre sicherlich das Gespräch und die Zusammenarbeit von Eltern und Videothekaren.

Jugendschutz im Vordergrund

Der Schutz der Kinder und Jugendlichen vor schädlichen Einflüssen hat sicher Vorrang und verdient unsere Aufmerksamkeit. Die Wissenschaft ist sich bezüglich der Wirkung von pornographi-



Dem Jugendschutz kommt vor allem auch im Bereich der Videos eine besondere Aufgabe zu. Die Regierung hat Richtlinien erlassen, nach denen Videofilme ausgeliehen werden können. Obwohl sich die Wissenschaft nicht einig ist über die Auswirkungen des Konsums von gewaltverherrlichenden oder pornographischen Filmen, ist die Regierung der Auffassung, dass sich ein besonderer Schutz der Jugend in diesem Bereich lohnt.

schon und gewaltdarstellenden Filmen auf den Betrachter nicht einig. Wir wissen aber, dass Kinder und Jugendliche das Verhalten der Erwachsenen gerne nachahmen. Sicher kann man nicht von einem einfachen Ursache-Wirkung-Mechanismus ausgehen; aber wirkungslos ist das Betrachten von pornographischen oder gewaltverherrlichenden Filmen auf Kinder und Jugendliche bestimmt auch nicht.

In der letzten Zeit haben der liechtensteinische Filmberatungsdienst, das Ju-

gendamt und das Sicherheitskorps die Videothekare des Landes zu Gesprächen bezüglich des Jugendschutzes eingeladen. Auch die Videothekare zeigten sich an der Verbesserung des Jugendschutzes im Zusammenhang mit dem Video-Verleih interessiert. Nicht zuletzt als Ergebnis dieser Gespräche hat die Regierung Richtlinien erlassen, in denen die Jugendschutz-Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes konkretisiert werden.

(Näheres darüber erfahren Sie im Innern der heutigen Ausgabe.)

Schwierige Lage bei SBB, PTT und Zoll

Bern (AP) Der Schweizer Bundesrat hat sich am Montag erneut mit den Rekrutierungsschwierigkeiten und Lohnforderungen beim Bundespersonal beschäftigt. Bundespräsident Otto Stich wird in nächster Zeit mit den Spitzen der SBB und der PTT sowie Vertretern der Personalverbände verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten erörtern, wie Vizekanzler Achille Casanova mitteilte.

Stich und Bundesrat Adolf Ogi hatten die Landesregierung über die schwierige Lage beim Zoll und den beiden Regiebetrieben orientiert, denen es immer schwieriger fällt, geeignetes Personal zu finden. Auf einem praktisch ausgetrockneten Arbeitsmarkt seien diese Bundesbetriebe kaum mehr konkurrenzfähig, führte Casanova aus. In letzter Zeit waren an Kongressen der Bundesbeamten rasch wirksame Gegenmassnahmen verlangt und diese Forderungen teilweise mit Arbeit nach Dienst untermauert worden. Auch Arbeitsniederlegungen waren nicht länger ausgeschlossen worden.

Der Bundesrat hatte sich in den letzten Jahren wiederholt mit den Rekrutierungsschwierigkeiten befasst und einzelne Massnahmen beschlossen.

BRD-Inflationsrate auf 1,6 Prozent gestiegen

Wiesbaden (spk/dpa) Noch vor dem Inkrafttreten der höheren Verbrauchssteuern 1989 zieht die Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland merklich an. Im November stiegen die Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 0,2 Prozent. Die jährliche Teuerungsrate erreichte damit 1,6 Prozent im Vergleich zu 1,3 Prozent im Oktober.

Eine Preissteigerungsrate von 1,6 Prozent war zuletzt im Dezember 1985 registriert worden, teilte das Statistische Bundesamt am Montag in Wiesbaden weiter mit. Die Voraussetzung für den Monat November basiert auf den bisher vorliegenden Ergebnissen aus vier Bundesländern.

Budget 1989: Einnahmen an der oberen Grenze?

Prognose für 0,7 Prozent Zunahme bei Gesamteinnahmen – 3,1 Prozent bei den Steuern und Abgaben

(G.M.) – Der Landesvoranschlag 1989 rechnet mit Gesamteinnahmen von 311,3 (309,2) Millionen Franken in der laufenden Rechnung. Im Vergleich zum Vorjahr werden sich die Einnahmen nur um 0,7 Prozent erhöhen, nachdem sie im Budget des laufenden Jahres gar mit einer Verminderung um 2 Prozent prognostiziert werden. Aus den derzeit vorliegenden Zwischenergebnissen muss nach dem Regierungsbericht angenommen werden, dass die Einnahmen aus Steuern, Gebühren, Verkaufserlösen und Vermögenserträgen «an den oberen Grenzen angelangt» sind und dass gesamthaft mit Eingängen zu rechnen ist, welche die Limiten des Rechnungsjahres 1987 (mit 315,6 Millionen Franken) nicht übersteigen werden.

Im Unterschied zu den Gesamteinnahmen werden nach den Schätzungen der Regierung die Steuern und Abgaben etwas stärker, nämlich um 3,1 Prozent, ansteigen. Die verschiedenen Steuern und Abgaben sind mit einem Anteil von 70 Prozent die Haupteinnahmequelle im staatlichen Finanzhaushalt. Die schon seit mehreren Jahren prognostizierte Verflachung der Wachstumsaussichten

bei den Fiskalerträgen ist nach Angaben der Regierung im letzten Jahr zum Tragen gekommen. Einige Steuerarten sind gemäss dieser Darstellung an der «Grenze der Ergiebigkeit» angelangt. Für das laufende Jahr sind die Steuern auf 213 Millionen Franken geschätzt, was einer Rückbildung um rund 7,2 Millionen Franken oder 3,3 Prozent gegenüber den effektiven Ergebnissen der Vorjahresrechnung gleichkommt. Für das Jahr 1989 rechnet die Regierung mit einer Zuwachsrate von 6,6 Millionen Franken oder einer Ertragssteigerung von 3,1 Prozent.

Mehreinnahmen aus Vermögens- und Erwerbssteuer

Aus der Vermögens- und Erwerbssteuer erwartet die Regierung Mehreinnahmen als im laufenden Jahr um 8,3 Prozent und legte deshalb die Einnahmenerwartungen auf 19,5 (14,5) Millionen Franken fest. Im Gegensatz dazu werden nach den Vorausberechnungen die Einnahmen aus der Kapital- und Ertragssteuer auf dem Vorjahresniveau von 33 Millionen Franken verharren, und auch die Einnahmen aus den besonderen Gesellschaftsteuern werden nur geringfügig auf 62,5 (61) Mil-

lionen Franken ansteigen. Bei der Quellensteuer hofft die Regierung bei steigenden Arbeitseinkünften und einer zunehmenden Anzahl österreichischer Grenzgänger mit einem Anstieg der Einnahmen auf 6 (5,4) Millionen Franken.

Anstieg der Wust und der Zölle

Bei der Grundstückgewinnsteuer wird eine Zunahme auf 5 (4,5) Millionen Franken erwartet, bei der Erbschaftsteuer auf 1,5 (1,3) Millionen Franken, während bei der Motorfahrzeugsteuer eine Stagnation bei 3 Millionen Franken budgetiert wird. Bei der Couponsteuer wurde im laufenden Jahr eine Verflachung der Einnahmen festgestellt, so dass die Erwartungen für 1989 auf 14 (17) Millionen Franken zurückgenommen werden. Mehreinnahmen werden dagegen bei der Warenumsatzsteuer aufgrund der regen Bautätigkeit und der Konsumfreudigkeit erwartet, die gesamthaft mit 34,5 (32,3) Millionen Franken budgetiert wird. Auch die Zolleinnahmen sollen gemäss dem Voranschlag der Regierung über dem Limit des Vorjahres liegen: Die Schätzungen aus der Zollrückrechnung aus der Schweiz liegen bei 18,2 (16,7) Millionen Franken.

Neuer Direktor der CH-Finanzverwaltung

Bern (AP) Der neue Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung heisst Ulrich Gygi. Der Bundesrat hat den 42-jährigen Berner am Montag zum Nachfolger von Waldemar Jucker gewählt. Gygi, bisher Vizedirektor der Finanzverwaltung, tritt sein Amt auf den 1. April 1989 an.

Damit hat der Wunsch Kandidat von Bundespräsident Otto Stich das Rennen um diesen Posten gemacht. Der Direktor der Finanzverwaltung ist neben den beiden Staatssekretären sowie dem Generalstabs-, Ausbildungs- und dem Rüstungschef der bestbesoldete Beamte beim Bund. Der Sozialdemokrat Gygi ist einer der vier Vizedirektoren bei der Finanzverwaltung und zuständig für den Bereich «Finanzplanung, Budget, Rechnung, Finanzausgleich».

OPEC-Abkommen unterzeichnet

Die OPEC-Minister ratifizierten in Wien Abkommen

Wien (AP) Die 13 Ölminder der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) haben am Montag ein neues Abkommen über Ölpreise und Fördermengen ratifiziert. Wie der saudiarabische Ölminder Hisham Naser in Wien mitteilte, wurde ein Abkommen mit einer Fördermenge von 18,5 Millionen Barrel täglich bei einem Preis von 18 Dollar je Barrel (159 Liter) unterzeichnet. Damit wurde die Winterkonferenz abgeschlossen. Die internationalen Ölmärkte hatten mit Preisanstiegen auf die Ankündigung eines Abkommens reagiert.

Die Fördermenge von 18,5 Millionen Barrel täglich liegt knapp unter dem erwarteten Bedarf von 19 Millionen Barrel. Bisher hatten die 13 OPEC-Länder nach

Schätzungen trotz der vereinbarten Begrenzung auf 15 Millionen Barrel ohne Irak zusammen rund 22,5 Millionen Barrel Öl gefördert. Dies hatte zu einem Preisverfall geführt. Die neue Vereinbarung tritt am 1. Januar in Kraft und gilt sechs Monate, teilten OPEC-Vertreter mit.

Auf den internationalen Ölmärkten waren die Preise bereits aufgrund der ersten Hinweise auf eine Einigung stark gestiegen. Preissprünge um drei Dollar pro Barrel waren keine Seltenheit. Der Ölpreis hatte um bis zu sechs Dollar unter dem Richtpreis von 18 Dollar gelegen. Sie stiegen am Montag auf durchschnittlich 15 Dollar. Kurzfristige weitere Steigerungen wurden von Marktexperten erwartet.

12. Rang für Jolanda Kindle



Erste Weltcupunkte für das liechtensteinische Skiteam in der eben angelaufenen neuen Saison. Die 23-jährige Triesnerin Jolanda Kindle (unser Bild) klassierte sich gestern beim Riesentorlauf von Les Menuires (Fra) im 12. Rang und ergatterte sich so vier Punkte. Für Jolanda bedeutet dieses Ergebnis ihre beste je erzielte Klassierung im Weltcup. Nach dem ersten Lauf schien für die Triesnerin gar eine noch bessere Platzierung Tatsache zu werden. Nach einer glänzenden Fahrt erzielte Jolanda die siebtbeste Zeit, fiel dann im zweiten Lauf aber noch um fünf Positionen zurück. Siegerin des Rennens wurde die Schweizerin Vreni Schneider vor den Österreicherinnen Anita Wachter und Ulrike Maier.

Banken machten sich nicht strafbar

Zürich (spk) Die drei Grossbanken der Schweiz haben im Zusammenhang mit der Geldwäschaffäre «Libanon Connection» die «Begehren der Strafverfolgungsbehörden einwandfrei erfüllt». Dies stellte die Eidgenössische Bankkommission (EBK) am Montag fest. Die EBK hatte in einem ausführlichen Fragebogen von den Banken Auskunft im Zusammenhang mit der Affäre verlangt.

BURO MARXER
Büro-Systeme
9470 Buchs · 9490 Vaduz
Telefon 088/6 33 10